

Auf Nachfrage von Herrn Schröder ob auf Grund dieser Anregung des Ausländerbeirates die Gemeindeordnung modifiziert wird, antwortete der Bürgermeister, dass letztendlich der Landtag hierüber zu entscheiden hat.

Herr Schäfer machte deutlich, dass der Rat dieser Anregung beitreten und der Landesregierung empfehlen sollte, diese Änderung der Gemeindeordnung vorzunehmen.

Herr Schröder wies darauf hin, dass die Anregung von der CDU-Fraktion anders verstanden wurde und darüber auch noch keine Beratungen stattgefunden haben. Er schlug daher vor, im Zuge der Beratungen über die künftige Ausschusszusammensetzung auch diese Anregung mit aufzunehmen und erst dann darüber zu beschließen.

Herr Köhler schloss sich den Ausführungen von Herrn Schäfer an und machte darauf aufmerksam, dass mit dem Beitritt des Rates zu dieser Empfehlung des Ausländerbeirates lediglich eine Anregung an die Landesregierung gegeben wird, was der Rat der Stadt Sankt Augustin bei der Neufassung des Gesetzes für wichtig hält.

Herr Dorgerloh erklärte, dass die FDP-Fraktion das Votum des Ausländerbeirates akzeptiert und so verfahren möchte, wie dies von Herrn Schäfer beantragt wurde.

Nach einer längeren sehr kontrovers geführten Diskussion beantragte Herr Schröder eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

Nach der Sitzungsunterbrechung erklärte Herr Schröder, dass die CDU-Fraktion noch einmal beraten hat und man von einer falschen Interpretation ausgegangen ist. Er habe der CDU-Fraktion vorgeschlagen, nunmehr die Anregung des Ausländerbeirates zu unterstützen.

Sodann fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Auf Anregung des Ausländerbeirates, der Stadt Sankt Augustin befürwortet der Rat der Stadt Sankt Augustin eine Modifizierung des § 27 GO NW in der Fassung des von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretung NRW (LAGA) erarbeiteten Modifizierungsvorschlags.

Die LAGA wird über den gefassten Ratsbeschluss entsprechend unterrichtet:

40 Ja-Stimmen
03 Nein-Stimmen
04 Enthaltungen